

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.95 und 0.95 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 Pf. je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67377.

Nr. 158.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 10. Juli 1931.

13. Jahrgang.

Man wird leichter durch schöne Worte als durch gute Taten berühmt. Herbert.

Offene Kirchen

zur Sammlung der Protestanten und zum Schutz gegen die Gottlosenbewegung.

I. Die Gründung der Evangel. Akademiker-Vereinigungen und ihr jüngst erfolgter Zusammenschluß unter gemeinsamer Leitung bedeutet einen prächtigen Aufschwung evangelischer Bekenntnisfreudigkeit. Während der letzten Jahrzehnte waren es gerade die gebildeten Kreise gewesen, deren Lausheit in religiösen Dingen dem kirchlichen und staatlichen Leben sichtbaren Schaden zuzugab. So müssen sie auch jetzt wieder richtungsgebend voran schreiten.

Aber jede protestantische Bekenntnisfreudigkeit pflegt nur kurze Zeit anzuhalten, und bald nach der ersten Liebe setzt wieder die Bekenntnismüdigkeit oder gar Bekenntnisflucht ein. Eine nach innen und nach außen ausstrahlende Festigung der Bekenntnisfreudigkeit fordert vielmehr, wie es auch bei den Moslim, Juden und Katholiken üblich ist, ein ständiges Mahnen zur Bekenntnistreue, und deshalb eine regelmäßige, d. h. tägliche, ja, stündliche Gewöhnung an dieses Bekenntnis und die Treue zu ihm. Ihrer können auch wir protestantischen Akademiker nicht entraten, wenn unsere Bewegung über die ersten Anfänge von aufklärenden Vorträgen und Aussprachen in noch kleinsten Gruppen hinaus Erfolg haben und schließlich über den engsten Kreis der Akademiker hinaus auch auf die breiteren Massen wirken will.

Deshalb wird diese Bewegung auch neue Formen suchen müssen, als sie von dem bisherigen Protestantentum in seinem übertriebenen ausgeprägten Individualismus gepflegt wurden. Dem sozialen Zug unserer Zeit folgend, wird sie ebenfalls soziale Formen annehmen müssen, wie sie bei den anderen genannten Bekenntnissen von jeher zum täglichen Leben und Verkehr gehören. Manche Lösungen dieses neuen Problems werden im Laufe der nächsten Jahre auftauchen. Eine ganz breite, teilweise vielleicht durch die persönliche Berührung auch mit jenen anderen Religionen und Bekenntnissen beeinflusste Lösung wird im folgenden vorgeschlagen. Sie rückt in die Mitte des tieferinnerlichen Problems vorerst nur eine feiner äußerlichen, aber dafür alle, die es angeht, erreichenden Auswirkungsmöglichkeiten, nämlich die ständige Öffnung auch der protestantischen Kirchen als Sammelplatz der bekennnisfreudigen protestantischen Elemente.

II. Die protestantische Kirche ist grundsätzlich nur am Sonntag während der Gottesdienste dem größeren Publikum zugänglich. Man ist ja als Protestant nicht an den Ort gebunden, sondern kann beten und sich Gott nähern, wo man will und wann man will. Also kann man sogar den Kirchgang überhaupt entbehren, ohne ein religiöses Gebot zu übertreten. — Aber schon während des Krieges waren auch die protestantischen Kirchen wochentags offen gehalten worden und kurze Andachten hatten hier und dort stattgefunden. Ebenso sind wiederum in der Gegenwart an geeigneten Orten und von besonders tätigen Geistlichen neben den obligaten Bibelstunden am Mittwoch- oder Donnerstagsabend, kurze Gottesdienste an Wochentagen eingeführt, so z. B. am Sonnabend für die bürogebundenen Angestellten, die den Sonntag in der freien Luft zubringen wollen und müssen. Auch die Vereinigung junger Männer und andere protestantische Bekenntnis-Sturmtruppen, Gemeinschaftsgruppen oder gleichgerichtete Pastoren treffen sich täglich oder für mehrtägige Übungen. Aber der Zugang zu diesen Zusammenkünften wird meistens nur von den bereits gewonnenen Bekenntnern und Anhängern der gepflegten Sonderrichtung in Anspruch genommen.

III. Soll die gegenwärtige protestantische Ausrichtung ein nachhaltigeres Echo erzielen, so muß m. E. allen, die guten Willens sind, die Möglichkeit gewährt werden, sich an ihr Bekenntnis täglich und stündlich erinnern zu lassen: Kommet her zu mir alle! Dieser Ruf kann in der offenen Straße ertönen, etwa wie es die für breite Kreise sicherlich sehr verdienstliche Seilsarmee tut; oder sie kann erfolgen durch den Vorstoß des einzelnen Bekenntnistreuen. Der bekennnistreue Mensch, zu dem ausgesprochenemmaßen der Protestant gehört, wird solchen Auffassungen aus dem Wege gehen, wenn er und vornehmlich er allein der angerebete Teil ist. Aber es wäre wohl denkbar, daß er die Gelegenheit ergreife,

wenn er unerkannt und zu jeder Zeit des Tages in die einladende offene Kirche eintreten und sich dort innerlich sammeln oder ein Gebet denken oder sprechen oder an einer kurzen Bekenntnisandacht teilnehmen könnte.

IV. Diese Gelegenheit sollte ihm gegeben werden durch die tagsüber offene Kirche. Der tiefere Sinn der jederzeit offenen Kirche könnte, aber brauchte nicht, unterstrichen werden durch kurze Andachten, etwa morgens um 6 oder 7, mittags um 12 oder 1, abends um 5 oder 6 Uhr. Diese könnten sich beschränken auf das Verlesen einiger Bibelstellen und Gesangbuchverse, des Glaubensbekenntnisses, des Sündenbekenntnisses und der Vergebung, des Vaterunsers oder eines anderen Gebetes und des Ausgangssegens. Das Lebenspult wäre der gegebene Platz für diese Übungen. Auch könnten die Zuhörer zur versetzten Wechselrede, wie in den anglikanischen Kirchen, eingeladen werden. Für diese Wochengottesdienste ließen sich sicherlich freiwillige Laiengeistliche oder Vorleser gewinnen aus den schon genannten bekennnisfreudigen Sturmtruppen, den Mitgliedern unserer Akademikervereinigungen, den Gemeinschaftsgruppen, Religionslehrern, Sonntagschulhelfern, Studenten, Abgehenden und Arbeitslosen, Johanniterritten usw. Orgelspiel und Gemeindegesang könnten entbehrt werden; ein einfaches Glockenzeichen könnte Beginn und Ende anzeigen.

Sicherlich würde nicht unmittelbar ein Ansturm auf die offenen Kirchen und die vorbezeichneten kurzen Andachten eintreffen. Denn während vieler Jahre und Jahrzehnte waren die protestantischen Kirchen wochentags meist geschlossen gewesen. Also wird es, schon im Hinblick auf die Kriegs- und Nachkriegserfahrungen auch Jahrzehnte dauern, bis man sich an die offenen Kirchen gewöhnt und sie zur stillen Einkehr benutzen wird. Aber wir sind verpflichtet, unserer Brüder Hüter zu sein, und sollten ihnen deshalb zumindest als ständige Mahner dienen. Auch wissen wir ja nicht Zeit oder Stunde, in der unser aller Lampen bereit und helle zu sein haben. Mancher laue Protestant mag durch diese Politik der offenen Kirchen dem Bekenntnis zurückgewonnen werden.

V. Aber auch darüber hinaus könnte eine sichtbare Sammlung aller Anhänger des Christentums bewirkt werden; und so im Innern gestärkt und geeint, könnte den Angriffen der Austriks- und der Gottlosen-Bewegung energischer Widerstand geboten werden als es bisher möglich ist. Denn diese Bekenntnislosen-Bewegungen können Erfolge nur aufweisen gegenüber gleichgerichteten Bekenntnislosen. Wird aber das protestantische Bekenntnis außerhalb des Sonntags und bei den besonderen Gruppen jetzt überall und gegebenenfalls dreimal täglich an den sechs Wochentagen im Gotteshaus zur Erinnerung an den Zuhörer zurückgerufen, dann kann der so ausgestreute Samen nicht nur auf steinigem Boden fallen, sondern muß auch Frucht bringen.

Fr. W. von Rauchhaupt.

Im Kampf um die Saar.

Von Bruno Ernst-Saarbrücken.

Daß in der vom Völkerbundsrate für die „treuhänderische“ Verwaltung des Saargebietes bestellten Regierungskommission der französische Einfluß heute wieder so uneingeschränkt vorherrscht wie in der annektionistischen Mainblüte der unmittelbaren Nachkriegszeit, ist nach Lage der Dinge klar. Nach den nationalen Mehrheitsverhältnissen innerhalb dieser Regierungskommission, in der ein Engländer, ein Saardeutscher und ein Finne dem Franzosen und dem Tschechen gegenüberstehen, wäre ein Übergewicht Frankreichs nicht mehr zwangsläufig bedingt, wenn nicht tatsächlich der Neffe und Erbe des ersten französischen Saarpäsidenten fortgesetzt die erste Geige spielen dürfte. Erregt schon bei der sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrise die unverhältnismäßig hohe Besoldung der so völlig überflüssigen ausländischen Saarregenten, die überfeste Personallast fast „arbeitslos“ Oberbeamten, die nicht nur nicht zeitgemäß abgebaut, sondern im letzten Haushaltsentwurf sogar noch erhöht wurden, die zunehmende Erbitterung der Saarbevölkerung, aus deren Arbeit ungefragt diese Riemen geschnitten werden, so ist das zweierlei Maß nachgerade zum Grundfaß dieser im Zeitalter der „Selbstbestimmung“ unerhört grotesken Fremdherrschaft geworden. Grundsätzlich werden die Wünsche und Interessen Frankreichs den Notwendigkeiten des ihr anvertrauten Saargebietes vorangestellt.

Anstatt die im Versailler Vertrag der Saarbevölkerung ausdrücklich zugesicherte deutsche Schule zu schützen, fördert die Saarregierung nach wie vor den neuerdings verstärkten Einbruch der völkerrechtswidrigen französischen Volksschulen, in die die ärmsten Saarbergleute, durch Erpressungen, raffinierte Schikanen und Drohungen gezwungen, ihren Nachwuchs schicken müssen. Auf wirtschaftlichem Gebiet betrachtet Frankreich das zwangsweise zolleingegliederte Saargebiet als seinem kapitalistischen Ausbeutungsmonopol ausgeliefert, verbietet — wie kürzlich durch die über das Saargebiet verhängte Ausfuhrsperr für Vieh und Fleisch — jede Möglichkeit eines saarländischen „Zwischengewinns“, dehnt jedoch gleichzeitig jede ausschließlich aus den französischen Wirtschaftsverhältnissen bedingte Zollveränderung automatisch auf das Saargebiet aus, ohne daß die betroffenen Saarmarktskreise irgendwie befragt würden und ohne Rücksicht auf katastrophale Auswirkungen auf die ganz anders geartete Saarmarktschicht. Langjährige Forderungen der Handelskammer, sowie immer wieder vorgebrachte Einsprüche des „Saarparlaments“ waren und bleiben in den Wind geredet, weil die gegenüber Deutschland mimosenhaft empfindliche Saarregierung Frankreich gegenüber kein verletztes Saarinteresse verteidigt, sondern jede Ohrfeige von Frankreichs Seite mit Genugtuung einsteckt! Diefelbe Saarregierung, die zeitweilig in Verboten gegen deutsche vaterländische Verbände, unter dem Vorwande „pflichtgemäßer“ Wahrung der Ordnung und Sicherheit, Uebereifer entwickelt, behandelt die von der französischen Bergwerksdirektion ausgehenden Separatisten-Klünge, Sammelbecken der vaterlandslosen Gese der Bevölkerung, in schleunigst bewilligten Audienzen als verhandlungsfähige Instanz und Vorkühler der „öffentlichen Meinung“ des Saargebietes, um bewährten Vorkämpfern des Deutschtums ein Bein zu stellen! Zur Senkung der auch im Saargebiet immer bedrohlicher anschwellenden Arbeitslosigkeit — von kleinen Saisonschwankungen abgesehen — weiß die von sozialistischen (!) Emporkömmlingen deutscher Sprache beratene Fremdregierung nur das eine Rezept der Ausweisung und Nichtzulassung der seit vielen Geschlechtern in der Saarindustrie tätigen Saarländer der reichsdeutschen Grenzbezirke! Französische Zeitungen und französische Handlungsreisende überfremden das Saargebiet; die Regierungskommission rührt jedoch keinen Finger, um gegenüber dem Verbot saarländischer Zeitungen und der Schikanierung saarländischer Handlungsreisender auf französischem Gebiet das Recht der Gegenseitigkeit zu betonen!

Die unverfrorenen denn je tätige — aus den Geheimfonds des Quai d'Orsay und privaten Zuwendungen der an der Ausbeutung saarländischer Bodenschätze hauptinteressierten französischen Schloßbarone ausgehaltene — französische Saarpropaganda krebst mit Wraffen über die wirtschaftlichen und politischen Segnungen der „Eigenstaatlichkeit“ des französischen Saargebietes, auf die Harmlosigkeit von auf Analphabeten berechneten Wägen, die besonders in Elsaß-Lothringen lebhaftesten Gelächter begegnen, weil die gleichen Gründe, die Frankreich zur Empfehlung des Saargebietes als Pufferstaat vorpiegelt, in dem weit eher für Selbstgenügsamkeit geeigneten Elsaß-Lothringen als „autonistisch“ oder gar als „staatsgefährlich“ gebrandmarkt und verfolgt werden.

Die auf der jüngsten Genfer Tagung so deutlich geordnete Vereinfachung Deutschlands mußte doch wohl schon dem ärgsten Illusionswahn des deutschen Nazismus über die Willkür des „Völkerbundes“ den Gar aus gemacht haben. Im Dunste der internationalen Phrasendrescherei bereiten sich — in einer Hochspannung, die an das „Hineinschliddern“ von 1914 gemahnt — neue kriegerische Verwicklungen vor, die den Untergang der abendländischen Kultur androhen, während die Vertreter der bis an die Zähne bewaffneten „G. m. b. H.“ zur Sicherung des Raubes von 1919 sich selbst und den Völkern die Zukunftsfahrt mit blauem Dunst vernebeln. War und ist schon von jeher das Saargebiet der Prüfstein eines echten vorbehaltlosen Verständigungswillens Frankreichs, so wird das Genfer Schicksal des deutsch-österreichischen Zollunionsplanes nach seiner Behandlung im Haag die Entscheidungsfunde der Gesellschaft der Nationen, die in Deutschland noch immer völlig falsch als „Völkerbund“ angesehen wird, einleiten. Es wird eine der schwersten Zukunftsaufgaben sein, welche Rückwirkungen eine negative Entscheidung und der dann in Ehren kaum mehr vermeidbare Austritt Deutschlands aus der „Sieger“-Raubgesellschaft auf das Saargebiet in Anbetracht der bis zur Volksabstimmung „rechtsgültigen“ Souveränität des internationalen Saarimperiums haben kann oder muß.

Unterdrückt nur Italien fremde Nationalitäten?

Zu dem Artikel „Was ist richtig“ in Nr. 153.

Vor einigen Jahren wurde von Seiten der demokratischen und sozialdemokratischen Presse ein wütender Kampf gegen Mussolini und den Faschismus geführt. Der angebliche Grund war die Südtiroler Frage, der wirkliche aber war der Haß gegen das neue Italien. Diefelbe Presse, die sonst alle Deutschenverfolgungen in Polen, der Tschechoslowakei und den anderen Staaten systematisch verschwiegen oder die Berichte hierüber friierte, „machte auf einmal in Nationalismus“. — Diese Zeit ist vorbei. Denn das einzige Land, das in sehr vielen Fragen mit Deutschland zusammengehen kann, ist Italien. Realpolitisch ist es deshalb, die Frage Südtirol zurückzustellen, das heißt noch lange nicht, daß uns das Schicksal der 250 000 Volksgenossen in Südtirol einerlei ist. (Eine nationale Würdelosigkeit wäre es, zu behaupten, es gebe keine Frage Südtirol, diese paar Deutschen seien uns nichts wert. Das ist meines Wissens auch nicht geschehen.)

Die Behandlung der Südtiroler soll keineswegs beschönigt werden. Der Kampf, der gegen alles, was deutsch ist, geführt wird, ist eines modernen Staates unwürdig. Der Kampf gegen Schule, Presse und sogar deutsche Aufschriften, ist ja bekannt. Es ist nun allerdings nicht so, daß es keine deutschen Zeitungen in Südtirol mehr gibt. Es erscheinen verschiedene Zeitschriften und Zeitungen, die nicht faschistisch sind, in deutscher Sprache. Neben der faschistischen „Alpenzeitung“, die natürlich im eigentlichen Sinne kein deutsches Blatt ist, erscheint in Meran dreimal wöchentlich die Zeitung „Dolomiten“, um nur das bekannteste deutsche Blatt zu nennen. Daß die deutsche nichtfaschistische Presse einen schweren Daseinskampf führt, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Auch einen — allerdings faschistischen — Vertreter im Parlament hat Südtirol in dem Baron Radio de Radiis. Eine andere Vertretung ist nicht möglich, da die Wählerschaft nur mit „Ja“ oder „Nein“ abstimmen kann. Sehr viele Meinungen wurden in Südtirol abgegeben, die aber keinen Einfluß auf die Wahl hatten. Auch der Druck, der ausgeübt wird, den faschistischen Organisationen beizutreten — von Zwang kann nur in einzelnen Fällen die Rede sein — soll nicht geleugnet werden. So liegen die Dinge in Italien, die ich wiederhole es nochmals, eines modernen Kulturstaates unwürdig sind und die den Protest jedes Deutschen hervorrufen müssen.

Aber liegt es in Polen besser? Ich brauche hier nicht auf die Ereignisse in Polen einzugehen, die ja allgemein durch die Tagespresse bekannt sind. Das Ziel, das die Polen verfolgen, ist genau dasselbe: die Ausrottung alles dessen, was deutsch ist. Der Weg, den man gegen das Deutschtum vorgeht, unterscheidet sich auch kaum von dem Italiens. Wo es nicht mit roher Gewalt geht, versucht man es auf andere Weise: durch Bodenreform und ähnliche „legale“ Mittel. Daß Polen noch nicht so weit ist wie Italien, liegt einmal daran, daß das Deutschtum in Polen ein Vielfaches stärker ist als das in Südtirol und dann daran, daß Verträge zum Schutze der Minderheiten den Polen auferlegt wurden. Daß diese Verträge nicht einmal eingehalten wurden, hat Jaleski selbst in Genf zugegeben. Nach dem oberösterreichischen Vertrag hat Polen die Pflicht, bei einer bestimmten Zahl deutscher Schüler, deutsche Volks- und höhere Schulen einzurichten, das ist auch in Bielefeld der Fall. Es ist aber festgestellt, daß an anderen Orten die deutschen Schulen nicht eingerichtet wurden, obwohl genügend deutsche Erziehungsberechtigte es forderten. In nicht gesprochen werden soll von den Fällen, wo deutsche Kinder oder Eltern gezwungen wurden, in polnische Schulen zu gehen, bezw. ihre Kinder zu schicken. Derartige Uebergriffe sind aber leider keine Ausnahmen mehr. Daß Polen notgedrungen

einige deutsche Schulen errichtete, tat es bestimmt nicht aus Gerechtigkeitsgefühl, sondern, um wenigstens teilweise die Verträge zu erfüllen.

Gibt es Pressefreiheit in Polen? Ich brauche hierbei nur an die Zeitungsverbote der „Kattowitzer Zeitung“ und der „Deutschen Zeitung“ Bromberg zu erinnern, von denen die erste bereits über fünfzigmal beschlagnahmt wurde. Deutsche Zeitungsträger wurden niedergeschlagen und friedliche Deutsche überfallen.

30 000 Wähler wurden ihres Wahlrechtes beraubt. Die Wähler selbst standen unter dem Terror der „Aufständischen“.

Oder man denke an die „Bodenreform“: Polen und Pommerellen wurden an dem Parzellierungsplan mit 20 Prozent beteiligt, obwohl sie nur 12 Prozent Polen ausmachen. Genügt das? Man könnte noch viele Beispiele anführen, wie den Pfadfinderprozeß oder den Deutschtumbundprozeß.

In der Tschechoslowakei liegen die Dinge noch anders. Das Deutschtum bezieht sich auf 3,5 Millionen (es ist also 14 mal so stark wie das Südtiroler Deutschtum). Das Deutschtum ist für den Tschechenstaat von größter Bedeutung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung. Aber dennoch hat man den Kampf aufgenommen. Zunächst mit Gewalt. Hunderte von jungen Sudetendeutschen mußten ihre Zugehörigkeit zum großen deutschen Volk mit ihrem Blute bezahlen. Mancher wurde vertrieben. Ein Abgeordneter, der von den deutschen Wählern ins Parlament gewählt war, nachdem er den ganzen Krieg mitgemacht hat, wurde verhaftet und ins Zuchthaus geworfen. Er verlor seine Gesundheit. Heute reist er in Deutschland umher und hält Vorträge. Fast erblindet und die Beine fast gelähmt, redet er in großen Versammlungen: ein Opfer tschechischer Barbarei. Wäre er nicht zeitig geflohen, er lebte heute nicht mehr. Aber sein Vaterland ist ihm verschlossen, er darf es nicht betreten. Hat es Italien je schlimmer oder so schlimm gemacht???

Mit der Sprachfreiheit scheint es auch nicht so weit her zu sein. So sind seit Anfang dieses Jahres deutsche (und überhaupt fremde) Aufschriften in Prag verboten. Die 13790 Deutschen in Jglau haben keine Bürgerrechte, wohl aber die 8084 Tschechen. In 18 Fällen haben 16 bis 64 Deutsche keinen deutschen Unterrichtsbetrieb, während die in den deutschen Teilen der Tschechoslowakei eingewanderten Tschechen häufig für drei Kinder eine eigene Schule haben.

Dr. F. Wien-Chamli schrieb vor einiger Zeit in der „Prager Presse“: „Den Minderheiten (in der Tschechoslowakei) ist es niemals so schlecht gegangen als jetzt. Durch die letzte Indikatur des Verwaltungsgerichtshofes, für die der Ruf der Straße in der tschechischen Presse Stichwort war, sind die Minoritäten sprachlich vollkommen entrechtet worden. Die bestehenden Rechte, die ihnen das famose Sprachgesetz und die aller Gerechtigkeit Hohne sprechende Sprachverordnung gelassen hat, wurden ihnen durch die politisch ganz unhaltbaren Plenarerkennnisse des O. Verwaltungsgerichtshofes genommen.“ Daß die Nationalitätenfrage nach wie vor völlig ungelöst ist, sagt selbst die sozialdemokratische Regierungspartei, die übrigens den Kampf gegen das Deutschtum kaum aufhalten kann.

Die Uebergriffe bei der Volkszählung zu Gunsten der Tschechen sind zahlreich, wie nachgewiesen ist. In Trautenau ließ man am Tage vor der Volkszählung 600 Soldaten einziehen; oder in Hohenstadt, Mählen, M. Schönbach ufm. entstand am Zählungstag ein derartiger „Fremdenverkehr“ von Tschechen, wie man ihn nie zuvor gesehen habe. Das ist. Diese Tschechen ließen sich dort in die Zähllisten eintragen. Folge: In vielen Fällen Anerkennung der tschechischen Minderheit. Ein ganz besonderer Terror wurde im Gutschiner Land entfaltet.

Die Verpflanzung von Tschechen in die deutsche Tschechei zerlegt systematisch das deutsche Siedlungsgebiet.

Auch die „Bodenreform“ ist ein Mittel zur Zersprengung des deutschen Sudetenlandes. Bei Arbeitsvergebung werden die Deutschen weit weniger berücksichtigt als die Tschechen. So könnte man noch viele Beispiele von der deutschen Gleichberechtigung anführen!

Wo blieb überhaupt das vielgepriesene „Selbstbestimmungsrecht“? 1919 erklärten die sudetendeutschen Abgeordneten, daß Deutschböhmen ein Teil des deutschen Staates sei. Warum hat man keine Volksabstimmung zugelassen?? Deutschpolen und Deutschböhmen sind und bleiben Irredenta.

Aus der gewaltsamen Entdeutschungsaktion von 1919 ist eine „friedliche Durchdringung“ geworden, denn ein 3,5 Millionenvolk läßt sich nicht mit Gewalt niederkämpfen. Das Ziel aller aber ist daselbe, der Italiener, Tschechen und Polen: Zurückdrängung des Deutschtums.

H. W. Röhrig.

Was ist mit der Wära?

Noch vor wenigen Wochen ging es wie ein geheimnisvolles Raunen durch die Zeitungen von einem Wunder, das in der Wirtschaft geschehen sein sollte, und von dem Mittel, das es bewirkt haben sollte, von der Wära. Und nun schweigen sich alle Stimmen gründlich aus, als hätten sie etwas Unbedachtes ausgesprochen und ihnen wäre befohlen worden: „Nun aber kein Wort mehr davon, das ist nichts für Kinder!“ Die Vorgänge waren auch wunderbar genug, zumal in Schwanenkirchen. Dort befindet sich ein Braunkohlenbergwerk, das im Jahre 1927 wegen mangelnder Rentabilität geschlossen werden mußte, aber im Herbst 1930, in dem Augenblick also, als die Wirtschaftskrise gerade ihre schärfsten Formen anzunehmen begann, wieder anfang zu arbeiten. Was war denn geschehen?

Dem Bergwerksdirektor Hebecker, der 1927 den ganzen Betrieb für einige tausend Mark gekauft hatte, war von der Deutschen Wirtschaftsgemeinschaft e. G. m. b. H., Bad Sachsa, ein Kredit von 50 000 Wära, einem Tauschmittel mit Umlaufszwang, gegeben worden, und mit diesem Tauschmittel hatte er den Bergwerksbetrieb wieder eröffnet, die Abfallstockung beseitigt und die Arbeitslosigkeit in Schwanenkirchen wesentlich verringert.

Die „B. Z. am Mittag“ schrieb am 15. März 1931: „Die Wära ist kein Märchen. Herr Hebecker zieht einen dieser Scheine aus der Tasche und ist so freundlich, ihn mir für eine Reichsmark zu verkaufen. Ich habe dann später mit dieser Wära ein entscheidendes Experiment gemacht. Ich habe in Sengersberg, einer Nachbarortschaft, versucht, damit mein Abendbrot zu bezahlen. Und siehe da, die Kellnerin wollte den Schein nehmen, ohne mit der Wimper zu zucken. Die Wära ist hier wirklich „Währung“. Sicher werden alle Gelehrten wider das Schwanenkirchener Beispiel Sturm laufen und gewiß werden sie „recht“ haben. Aber die Grube des Herrn Hebecker fördert, und die europäische Wirtschaft dreht sich im Kreislauf. Und so gewiß man das Kleine mit dem ganz Großen nicht vorbehaltlos vergleichen darf, so gewiß soll das Kleine Anlaß sein, über das Große nachzudenken.“

Sicher hat das Experiment mehr als lokale Bedeutung. Es beweist uns, daß auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens noch nicht alle Möglichkeiten erschöpft sind, die uns zur Verfügung stehen. Es ist in Deutschland noch nicht versucht worden, von der Seite des Geldes aus direkt auf den Wirtschaftsverlauf einzuwirken. Bei der Wäraaktion liegen nun solche Versuche vor, und es muß anerkannt werden, daß sie in den Wirtschaftskreisen, in denen sie eingeleitet wurde, zum Erfolg geführt hat. Da ist es nicht verwunderlich, wenn sich größere Wirtschaftskreise, z. B. Städte, ernstlich die Frage vorlegen, ob sie sich nicht in ähnlicher Weise aus ihren Finanznöten retten können. Ich möchte die Frage bejahen. Wenn es der einzelnen Gemeinde gelingt, die Arbeitslosenzahl auf die Hälfte zurückzubringen, so wäre ein ganz großer Teil

Nehmen sie den Leib, Gut, Ehre, Kind und Weib — — —

(Fortsetzung.)

Es wirkten aber in feuriger Begeisterung andere eifrig an der Ausbreitung evangelischer Gedanken. In der Hauptstadt selbst lehrte Paulus Speratus die Kunde von dem „Heil, das uns herkommen ist aus lauter Gut und Gnade.“ Freilich wurde er schon nach ganz kurzer Wirksamkeit vom Erzbischof vertrieben. Aber seine Worte waren nicht ungehört verhallt. Andere traten an seine Stelle. In Radstadt lehrte Georg Schärer, und in Gastein lebte der reiche Bergherr Martin Lodinger, ein eifriger Anhänger evangelischer Lehre. Er war der erste, der aus Salzburg um seines Glaubens willen vertrieben wurde. In Nürnberg fand er Aufnahme. Von dort aus wirkte er eifrig durch Briefe und Schriften unter seinen Volks- und Glaubensgenossen. Als nach seinem Tode diese Schriften zusammengefaßt und veröffentlicht wurden, war dabei auch ein eigenhändiger Brief Martin Luthers aus dem Jahre 1532. Damals hatte sich der Bergherr um Rat in Sachen des Abendmahls an Luther gewandt. Dieser schrieb ihm: „Mein lieber Bruder! Wider Gewalt ist kein Rat. Weil Ihr nun wißt, daß es recht sei, das Sakrament ganz und nicht halb zu empfangen, ist's besser, Ihr entbehrt sein ganz und gar. Und befehlt Euch diemal mit dem Glauben und Begierde zum Sakrament, welches heißt geistlich empfangen. Wollt Ihr's ja aber auch leiblich ganz empfangen und Eure Obrigkeit will nicht, so müßt Ihr das Land räumen und anderswo suchen — wie Christus sagt: „Glehet in eine andere Stadt, so sie Euch in einer verfolgen.“ Sonst ist da kein anderer Rat. Befehl! Euch hierin der Gnade Gottes. Amen. Zu Wittenberg Dienstag nach Bartholomäi 1532 Dr. Martin Luther.“

Es ist kein Wunder, daß schon in jenen ersten Zeiten der regierende Erzbischof Matthäus Lang und seine Räte

mit aller Macht dem Wachsen und der Ausbreitung der evangelischen Bewegung entgegentraten. Viele von ihnen erkannten ja gewiß den tiefsten Grund der Hinwendung des Volkes zur neuen Lehre in dem göttlichen, gesetzwidrigen Leben und Treiben der hohen Geistlichkeit. Es muß gerade in dieser Beziehung im Erzstift recht böse ausgesehen haben. In einer Schrift aus dem Jahre 1523 heißt es z. B.: Sie (die Priester) liegen Tag und Nacht in den öffentlichen Wirtschaftshäusern, trinken mit den Vätern, werden so voll und so ungeschickt, daß sie Rumor, Aufruhr, Schlägereien und dergleichen Gewalttätigkeiten verüben. Es ist Tatsache, daß sie nach solchem Trinken und Rumoren ungeschlafen und ungeteilt an den Altar gehen, die göttlichen Remy zu vollbringen.“ Berthold Wistinger, ein Mitglied des Domkapitels und späterer Bischof von Chieme, klagte in seiner Schrift „Last der Kirche“ bitterlich: „Das Gesetz ist vom Priester, der Rat von den Ältesten geworden, die Schlüssel der Kirche werden mit Braut. Der Erzbischof Matth. Lang hatte selbst die Verderbtheit der Geistlichen seiner Tage recht erkannt. „Wir Pfaffen sind noch nie gut gewesen“, sagte er 1530 in Augsburg zu Melanchthon, wie Luther später in seinen „Tischreden“ erzählte. Aber trotz dieser Erkenntnis griff weder der Kirchenfürst noch einer seiner Mitgeber die Sache bei dieser Wurzel an. Vielmehr wandten sie sich in strengen, scharfen Verordnungen gegen die neue Bewegung im Erzstift. 1523 erließ Matthäus Lang ein Edikt gegen das Luthertum, das an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. Es heißt darin: „Damit nun niemand durch lutherische Schriften und Lehren verführt und jeder bei dem wahren Glauben erhalten werde, verbietet der Erzbischof bei schwerer Strafe und Ungnade, in Zukunft die Artikel in Luthers Schriften, welche durch Bulle und Edikt oder durch die Kirche verdammt sind, anzunehmen, öffentlich oder heimlich in Winkeln darüber zu disputieren und sie zu verfechten, ferner, die Bücher und Schriften, welche von Luther oder

seinen Nachfolgern ausgegangen sind und noch ausgehen werden, anzunehmen, zu halten, zu kaufen, zu verkaufen, zu lesen, abzuschreiben oder abzuschreiben zu lassen. Und er gebietet, beim alten Glauben der Väter und der Kirche zu bleiben und alles zu vermeiden, was zur Verachtung der Obrigkeit, zu Ungehorsam und Unruhe führt. Die Uebertreter des Mandats sollen durch die Behörde gefangen genommen und angezeigt und bis auf des Erzbischofs oder Hauptmannes weiteren Befehl wohl verwahrt werden.“

Durch Austreibungen, hohe Geldbußen, Kerker und selbst die Todesstrafe versuchte man die abgefallenen Schäflein dem Schoße der päpstlichen Kirche wieder zuzuführen. Aber die gewünschte Wirkung blieb aus. Am Ende des 16. Jahrhunderts wird berichtet, daß in den vornehmen Salzburger Bürgerfamilien die neue Lehre ganz und gar Eingang gefunden habe. Man las lutherische Schriften, der Hausvater hielt Andachten. Wer es konnte, stellte für seine Kinder evangelisch gesinnte Lehrer an. Die heranwachsenden Söhne wurden auf evangelische Gymnasien und Universitäten ins Reich geschickt. Ja, es war sogar so weit gekommen, daß an verschiedenen Orten die Evangelischen eigene Friedhöfe hatten. Wie unter den vornehmen Bürgerfamilien Luthers Gesinnung gehegt wurde, so war es auch bei den Bauern und Bergknappen. Dazu kam, daß besonders im Gebirge viele evangelisch gesinnte Geistliche wirkten. Sie lehrten nach Luthers Weise das Evangelium und schafften mancherlei katholische Kirchenbräuche gänzlich ab. So gab es z. B. Gemeinden, in denen die letzte Oelung ganz in Vergessenheit geraten war. Ein Kommissar, der zur Prüfung der Lage ins Gebirge geschickt worden war, meldete: „Von 30 sind nicht 4 katholisch!“. In manchen Gemeinden erklärten die Gemeindeglieder, sie wollten lieber Leib und Leben lassen, als ihren Glauben hingeben.

(Fortsetzung folgt.)

500 Millionen

In Ausfü
nehmen der de
an den Reichst
Uebnahme ei
fallbürgschaft
hat Reichsprä
nung erlassen:

Auf C
verfassungsg
Träger de
ordnet:

§ 1.
Rechtsver
Aufbringu
aufbringu
vermögen
zu verpfl
500 Milli
Kreditge
Golddisko
des deut
Die 1.
ten. Sie
Aufgaben
in Ergän
vom 31.
§ 2.
Verfündig
Neu

Gegegen
Dr. Brüning
Dietrich, Reid
den Geschäft
Staatssekretär

Das Sch
im Interesse
Stigung des
nahme der
Wortlaut:

Sehr
Die Bot
den großen
In der Zeit
und ihrer
verschärf
stimmung
Grundlage
aufbau biete

Das Ziel
und in der
fündigungen

der Finanzno
gierung? Sie
nicht ein Per
weil das Nid
weiter kein
Arbeitslosigk
tung wäre.
man wäre ve
Interesse an
den mühte si
gründlich un
warum sie i
muß. Bielei
dem durch di
zunächst wac
nicht weiter
Volke dankb
in aller Offe
steht.

Von ande
lichkeit gewo
nem Buch
helt hat. Da
ausfegung je
ordnete Ver
bank oder
Schwundgeld
wie mit jede
waltung unt
Sicherung de
nur, ob es b
ger Weise a
und ohne R
durch den to
vorbei, in d
len Fragen
feien, die f
dem Gebiete
zum unterst
sorgfältig an
hen.

Es ist ni
Verwendun
derung der
die Preisge
sondern ebe
ben entschei
Wära würd
den. Das
teresse des
Lage in der

Kredithilfe der Wirtschaft.

500 Millionen Mark Ausfallbürgschaft. — Durch Notverordnung sofort in Kraft gesetzt.

— Berlin, 9. Juli.

In Ausführung eines von tausend führenden Unternehmen der deutschen Wirtschaft unterzeichneten Schreibens an den Reichsbankpräsidenten, mit dem sich diese Werke zur Übernahme einer 500 Millionen Mark betragenden Ausfallbürgschaft für die Golddiskontbank bereit erklärt haben, hat Reichspräsident von Hindenburg folgende Notverordnung erlassen:

Auf Grund des Artikels 48, Absatz II, der Reichsverfassung wird entsprechend der Anregung namhafter Träger des deutschen Wirtschaftslebens folgendes verordnet:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung in Anlehnung der Vorschriften des Ausbringungsgesetzes vom 30. August 1924 die danach ausbringungspflichtigen Unternehmer, deren Betriebsvermögen 5 Millionen Reichsmark übersteigt, anteilhaft zu verpflichten, die Haftung bis zum Gesamtbetrag von 500 Millionen Reichsmark für etwaige Ausfälle aus Kreditgeschäften zu übernehmen, welche die Deutsche Golddiskontbank im Interesse der Aufrechterhaltung des deutschen Auslandskredits tätigt.

Die Reichsregierung erläßt die näheren Vorschriften. Sie kann mit der Durchführung freihändlerischer Aufgaben die Bank für deutsche Industrieobligationen in Ergänzung der ihr im § 7 des Industrieobligationsgesetzes vom 31. März 1931 zugewiesenen Aufgaben betrauen.

§ 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Reichsd., 8. Juli 1931.

Reichspräsident von Hindenburg.

Gegengezeichnet ist die Verordnung vom Reichskanzler Dr. Brüning, dessen Stellvertreter Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, Reichsinnenminister Dr. Wirth und von dem mit den Geschäften des Reichswirtschaftsministeriums betrauten Staatssekretär Dr. Trendelenburg.

Der Bürgschaftsbrief.

Das Schreiben der Wirtschaftsführer, durch das diese im Interesse der Festigung des deutschen Kredits und der Stützung des Staats- und Wirtschaftslebens sich zur Übernahme der Bürgschaft bereit erklärt haben, hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident!

Die Botschaft des Präsidenten Hoover hat der Welt den großen Ernst der deutschen Lage offengelegt. In der Zeit, die zwischen der Verkündung dieser Botschaft und ihrer Annahme verstrichen ist, hat sich die Lage noch verschärft. Wir hoffen, daß die nunmehr erfolgte Zustimmung aller beteiligten Staaten zu dem Pakt die Grundlage für den, wenn auch sicher schwierigen Wiederaufbau bietet.

Das Ziel muß jetzt sein, das Vertrauen auf Deutschland und in Deutschland wiederherzustellen, weitere Kreditkündigungen zu vermeiden und dem Devisenabfluß Einhalt zu tun.

der Finanznot von ihr genommen. Was tut aber die Regierung? Sie hat die Aktion unterlassen, ob auch nicht ein Verstoß gegen die Staatsgesetze vorliegt, und weil das nicht der Fall zu sein schien, hat sie offenbar weiter kein Interesse mehr an der Sache. Als ob die Arbeitslosigkeit eine Frage von nebensächlicher Bedeutung wäre. Wenn der Gedanke nicht zu absurd wäre, man wäre versucht, zu glauben, die Regierung hätte kein Interesse an ihrer Beseitigung. Nach meinem Empfinden müßte sie die Verpflichtung fühlen, die Sache ganz gründlich untersuchen zu lassen und dann zu erklären, warum sie ihren abwartenden Standpunkt einnehmen muß. Vielleicht ist er vollkommen berechtigt, aber nach dem durch die Presse das Interesse an der Angelegenheit zunächst nachgerufen worden ist, dem sie offenbar nun nicht weiter mehr entgegenkommen will, würde es vom Volke dankbar empfunden werden, wenn die Regierung in aller Offenheit sagen würde, wie es mit der Sache steht.

Von anderer Seite wird erklärt, daß Wära die Wirklichkeit gewordene Idee Silvio Gesells sei, die er in seinem Buch „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ entwickelt hat. Das stimmt nun allerdings nicht, denn die Voraussetzung jeder Geldreform ist nach Silvio Gesell die geordnete Verwaltung des Geldumlaufs durch die Reichsbank oder besser durch ein Reichswährungsamt. Mit Schwindgeld läßt sich ebenso gut eine Inflation machen wie mit jedem andern Geld, das nicht einer strengen Verwaltung unterliegt. Eine Regelung des Geldumlaufs zur Sicherung der Währung muß immer da sein; es fragt sich nur, ob es besser ist, wenn die Menschen sie in vernünftiger Weise ausüben, oder ob sie sie in mechanischer Weise und ohne Rücksicht auf die Erfordernisse der Wirtschaft durch den toten Stoff Gold bewirken lassen. Die Zeiten sind vorbei, in denen angenommen wurde, daß die finanziellen Fragen interne Angelegenheiten der Kapitalisten seien, die sie unter sich abzumachen hätten. Fehler auf dem Gebiete des Währungswezens wirken sich aus bis zum untersten Arbeiter. Die Notenausgabe muß sich sorgfältig an die Entwicklung der Produktion anschließen.

Es ist nicht schwer, einzusehen, daß bei allgemeiner Verwendung der Wära sich rasch eine Inflation (Veränderung der Kaufkraft des Geldes) einstellen würde. Für die Preisgestaltung ist nicht allein die Menge des Geldes, sondern ebenso sehr die Umlaufgeschwindigkeit desselben entscheidend. Bei einem umfangreichen Gebrauch der Wära würde zweifellos die Wirtschaft angekurbelt werden. Das würde im Augenblick wahrscheinlich im Interesse des Kapitalismus liegen; denn die finanzpolitische Lage in der Welt scheint hoffnungsloser zu sein, als man

Wir haben uns entschlossen, unsere Mitwirkung durch Zusammenfassung der deutschen Wirtschaftskräfte in folgender Weise zur Verfügung zu stellen:

Unter Führung der Deutschen Golddiskontbank wird von deutschen Unternehmern aus Industrie, Banken, Schiffahrt und Handel ein Garantiefonds gebildet, das eine Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen Mark übernimmt, um durch diese Garantiemasse die Aktionskraft der Deutschen Golddiskontbank zu verstärken. Diese Haftsumme wird nach einem bestimmten Verfahren auf die tausend größten deutschen Unternehmungen umzulegen sein, wobei an einen bereits vorhandenen Verteilungsschlüssel gedacht ist. Wir sind uns bewußt, welches Obligo eine solche Summe für uns bedeutet, sind aber zu dieser Leistung bereit, um die Deutsche Golddiskontbank, die sich bereits früher in schwieriger Lage als eine Hilfe für die deutsche Wirtschaft bewährt hat, so zu stärken, daß sie über ihren bisherigen Rahmen hinaus, namentlich in der jetzigen schwierigen Uebergangszeit als Kreditinstrument wertvolle Dienste leisten kann.

Diese unsere Garantieleistung kann jedoch nur wirksam werden, wenn es dem Reichsbankdirektorium gelingt, in der Zusammenarbeit mit den ausländischen Notenbanken die für die deutsche Wirtschaft und Kreditlage notwendigen Erleichterungen unter Mitwirkung der ausländischen Bankwelt uns zu verschaffen. Wir bitten Sie, sehr geehrter Herr Reichsbankpräsident, die zur Verwirklichung dieses Vorschlages notwendigen Maßnahmen alsbald in die Wege zu leiten.

Unterzeichnet ist das Schreiben von sämtlichen Berliner Großbanken, von den führenden Privat- und Provinzbanken, von der Hamburg-Amerika-Linie, vom Norddeutschen Lloyd, von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, vom Deutschen Kalisyndikat, von der I. G. Farbenindustrie, von der Friedr. Krupp AG., von der Siemens- u. Halske AG., von den Vereinigten Stahlwerken und anderen führenden Firmen der Industrie und des Handels.

Youngplan muß fallen.

Die Wiederinkassierung der alten Verträge nach dem Friejahr wird als unmöglich erkannt.

— New York, 9. Juli.

Die großen Zeitungen der Vereinigten Staaten veröffentlichten über mehrere Spalten Artikel und Meinungsäußerungen führender Männer, deren Ton auf einen sich anbahnenden Stimmungsumschwung zugunsten einer allgemeinen Tribut- und Schuldeneinlösung schließen läßt.

So erklärt „New York Times“ in einem Leitartikel, niemand wisse besser als Präsident Hoover, daß das Frierjahr ein Jahr der intensivsten Arbeit sein müsse. Vor allem müsse man sich sobald wie möglich über die Maßnahmen einigen, die bei Ablauf des Frierjahres ergriffen werden müßten. Denn es sei die allgemeine Ueberzeugung aller derjenigen, die die Lage genau übersehen, daß nach Ablauf des Frierjahres die bisherigen Verträge niemals mehr in ihrer ursprünglichen Form wieder in Kraft gesetzt werden könnten. Aus der öffentlichen Tatsache, daß Amerikas

annimmt. Die Wallstreet hatte, so darf jetzt angenommen werden, geglaubt, in diesem Frühling einen Umschwung der Wirtschaftslage herbeiführen zu können. Das ist ihr nicht gelungen, weil die psychologische Einstellung der Massen ein Faktor ist, der sich nicht immer als rechnerische Größe einsehen läßt. Der Kapitalismus würde es wahrscheinlich mit Freuden begrüßen, wenn von irgendeiner Seite ein fühlbarer Stoß zur Wirtschaftsbefehlung erfolgen würde. Wenn durch die Wära aber eine Inflation erzeugt würde, dann würde zugleich der verhasste Geldreformbewegung, welcher Richtung sie auch sein mag, der tödliche Schlag versetzt werden können mit dem vor der Masse dann nicht ansichtbaren Beweis: „Seht, das ist die Probe auf das Exempel, wenn wir einmal die schönen Ideen in die Praxis umsetzen wollen.“

Weil ich eine solche Entwicklung voraussehe, darum wende ich mich gegen die Behauptung, daß die Wära die Verwirklichung der freiwirtschaftlichen Idee ist. Es wäre also der Beweis zu erbringen, daß die Wära bei unbeschränktem Gebrauch die Gefahr einer Inflation in sich trägt. Die Inflation braucht nicht sofort einzutreten. Wenn aber die Hineinleitung der Wärascheine das Maß erlangt hat, daß eine Belebung der Gesamtwirtschaft fühlbar wird, dann wird das andere Umlaufgeld, das sich jetzt der Wirtschaft verlagert, hervorkommen und zu einer wesentlichen Verschärfung der Lage beitragen. Man schätzt, daß von den ausgegebenen 4 bis 5 Milliarden Mark Noten etwa die Hälfte heute zu Spekulationszwecken einen Leerlauf zwischen Banken und Börsen macht. Durch das rasche Anwachsen der Geldmittel (Nachfrage nach Waren) würden die Warenpreise sprunghaft ansteigen. Der Reichsbank würde aber die Korrektur des Geldumlaufs in weitem Maße entzogen sein, weil sie über die ausgegebenen Wärascheine keine Verfügungsgewalt hat. Ob es ihr dann möglich sein würde, die Inflation zu verhindern, wäre sehr fraglich, um so weniger, als die Vermehrung der umlaufenden Geldmenge automatisch eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit mit sich bringt.

Trotz dieser großen Bedenken gegen die Wäraaktion vom volkswirtschaftl. Standpunkt aus ist die Bedeutung des Experiments kaum zu übersehen. Was sie im kleinen Kreise leistet, das vermöchte die Reichsbank im großen in der Volkswirtschaft durchzuführen. Sie könnte eine Errichtung unseres Volkes aus den uns umflickenden Banden der Reparationsverpflichtungen bewirken innerhalb der Grenzen, in die man unsere Wirtschaft gezwängt hat. Sie könnte unser Wirtschaftsleben zur Blüte führen inmitten einer Welt darniederliegender Volkswirtschaften.

B. R.

Mitarbeit in Europa mehr denn je nötig sei, ergebe sich eine positive und unvermeidliche Wandlung der amerikanischen Politik.

„New York Times“ verweist in diesem Zusammenhang auf Schatzsekretär Mellon vor einiger Zeit erfolgte Bemerkung, es wäre möglich, daß er an der Konferenz der Signatarmächte des Youngplans teilnehmen werde, und sagt dann weiter:

„Man braucht kein internationales Orakel und keinen finanziellen Propheten, um vorauszusagen, daß der Youngplan geändert werden muß.“

Ohne Zeit zu verlieren, müssen die Staatsmänner und Geschäftsleute aller Länder sich für einen neuen Plan entscheiden, der auf die veränderten Verhältnisse paßt.“

Abrüstungsaktion Hoovers bevorstehend?

— Washington, 9. Juli.

In den amerikanischen Regierungskreisen wird erwartet, daß gemäß der wiederholt geäußerten Ansicht Hoovers, daß die Rüstungen eine der Hauptursachen der Weltdepression seien, die nächste diplomatische Aktion Hoovers dem Abrüstungsproblem gewidmet sein werde.

Die Atempause ist zu kurz.

Die englischen Zeitungen beurteilen die nächste Zukunft ziemlich skeptisch und halten die Befristung des Zahlungsausschubs für die Tribute auf ein Jahr als zu kurz. „Financial Times“ meint, da man nicht wisse, was nach einem Jahr werden würde, dürften viele zögern, ihre Gelder wieder nach Deutschland zurückfließen zu lassen. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ hält lange Erörterungen über die Frage des Garantiefonds für sehr überflüssig; „denn kein vernünftiger Mensch glaube, daß die verschiedenen Zahlungen am Ende des Jahres aufgenommen würden; und wenn sie nicht aufgenommen würden, das heißt, wenn Hoovers Plan verlängert werde, werde Deutschland keine Gelegenheit haben, ein Moratorium zu beantragen.“ Der „Daily Herald“ setzt sich dafür ein, das Hooverjahr für die Wiederaufrichtung der Schuldenfrage und die Herabsetzung der Rüstungsausgaben zu benutzen.

Sparzwang besteht fort.

Förderung der Kapitalbildung durch Beschränkung neuer Wege.

Nichts ist so verkehrt und kurzfristig, als wenn man in dem Plane Hoovers lediglich eine kurz bemessene Atempause für Staat und Wirtschaft erblickt oder sogar die Erleichterungen des Planes „zu einer Hebung des Lebensstandards der breiten Masse“ zu benutzen vor schlägt. Selbst wenn man im gegenwärtigen Augenblick das Primat der öffentlichen Finanzplanung vor steuerlichen Entlastungsmaßnahmen aus der Erkenntnis heraus anerkennen will, daß eine Wiedergesundung der Wirtschaft nur in einem finanziell gesicherten und geordneten Staatswesen möglich ist, darf man sich nicht dem Zwang entziehen, diese „Atempause“ umzumünzen in einen tatkräftigen Kampf gegen die Ursachen unserer wirtschaftlichen Not. So muß am Ende des Reparationsfrierjahres unter allen Umständen eine grundlegende Finanzreform stehen, die wie vor Jahren, so auch heute noch, das eine große Ziel zu erfüllen hat, die innerdeutsche Kapitalbildung zu erleichtern und zu fördern, um das ganze deutsche Volk in dem Kampf um seine wirtschaftliche Existenz widerstandsfähiger als bisher zu machen. Die Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung über das Ausmaß der deutschen Kapitalbildung in den Jahren 1924 bis 1928 haben dieser Forderung an Gewicht nichts genommen, denn der Kapitalzuwachs ist zum größten Teil der öffentlichen Hand zugute gekommen und mußte zudem von der Privatwirtschaft finanziert werden.

Die Finanznot der öffentlichen Hand läßt steuerlichen Entlastungsmaßnahmen auch nach Jahresfrist nur geringen Spielraum. Aber dieser Spielraum, der in dem Reparationsfrierjahr erarbeitet werden muß, sollte dann unverzüglich zu solchen steuerlichen Maßnahmen ausgewertet werden, die der Kapitalbildung auf breiter Grundlage zugute kommen. Dazu bedarf es nicht neuer Steuergesetze, sondern lediglich der mutigen Durchbrechung des heute herrschenden Grundlages einheitlicher Einkommenbesteuerung zugunsten einer unterschiedlichen steuerlichen Belastung des ersparten und verbrauchten Einkommens. Die Ansätze hierzu, die in der neuen Notverordnung durch die steuerliche Begünstigung öffentlicher Reserven geschaffen sind, können keineswegs ausreichen.

Man muß ganz allgemein jedem Steuerpflichtigen die Möglichkeit geben, denjenigen Teil seines Einkommens, den er nicht verbraucht hat, zu einem niedrigeren Satz zu versteuern als den verbrauchten Teil, denn nur so schafft man einen Anreiz zum Sparen, also zur Kapitalbildung, wie er besser garnicht gedacht werden kann.

Zugleich erzielt man neben der für die Gegenwart außerordentlich wichtigen zusätzlichen Kapitalbildung eine Wirkung, deren Bedeutung für unser staatsliches und gesellschaftliches Leben kaum hoch genug veranschlagt werden kann: Wer die Möglichkeit hat, für sein Alter und für seine Kinder etwas zurückzulegen, der fällt später mit seiner Familie der Gesamtheit nicht zur Last. Damit ist ihm so gut wie der Allgemeinwohl gedient, und das Wort vom Wohlfahrtsstaat könnte auf diese Weise allmählich aus dem deutschen Vortisch verschwinden. Selbstverständlich kann eine solche steuerliche Begünstigung nur dann gewährt werden, wenn der Nachweis der Einkommensverwertung zu Sparzwecken einwandfrei geführt wird. Neben den Sparkassen kommen für die breiten Massen in erster Linie die Versicherungsgesellschaften in Frage, die, wie der in diesen Tagen veröffentlichte Geschäftsbericht des größten deutschen Versicherungskonzerns, der Allianz, zeigt, immer mehr sich darauf eingestellt haben, auch den breiten Massen Versicherungsmöglichkeiten zu schaffen. Das heute lahmgelegte Gefühl der Elternverantwortung für ihre Kinder würde neu belebt werden, wenn, um nur ein Beispiel her-



auszugreifen, durch steuerliche Begünstigung des ersparten Einkommens zu Ausbildungsverpflichtungen, die mit einer monatlichen Versicherung von nur 2 Mark getätigt werden können, von diesem neuartigen und sozial wertvollen Versicherungszweig in größtem Ausmaße Gebrauch gemacht werden könnte. Das deutsche Volk hat von jeher im Sparen hervorragendes geleistet. Man gebe ihm mehr Gelegenheit dazu und man wird Wunder erleben.

Die Haftung der Wirtschaft

Bekanntgabe der Durchführungsbestimmungen.

— Berlin, 9. Juli.

Unter Gegenzeichnung der zuständigen Minister hat Reichspräsident von Hindenburg nunmehr auch die Durchführungsbestimmungen für die Schaffung einer Wirtschaftsgarantie erlassen. Danach beruft der Reichsbankpräsident im Einvernehmen mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Bank für Industrieobligationen einen Ausschuss von sieben Mitgliedern. Die Haftung tritt nur ein für Kreditgeschäfte, die innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen worden sind und denen dieser Ausschuss zugestimmt hat. Das Wirtschaftswort der Haftung legt ferner eine fruchtlose Zwangsvollstreckung gegen den Schuldner voraus. Den Vorsitz im Ausschuss führt ein Aufsichtsratsmitglied der Golddiskontbank. Auf Verlangen von mindestens 100 Unternehmern mit einem 20prozentigen Anteil der Haftsumme muß der Ausschuss neu gewählt werden. Der Verteilungsschlüssel für die Haftung der einzelnen Firmen wird vom Finanzminister im Einvernehmen mit dem Ausschuss festgelegt.

Luther-Reise nach London.

Zwecks Aufnahme von Anleiheverhandlungen.

Nachdem mit der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten auf der Grundlage des Bürgschaftsangebots der führenden Unternehmen die Möglichkeit zu Anleiheverhandlungen mit der ausländischen Finanz gegeben ist, rechnet man damit, daß Reichsbankpräsident Dr. Luther sich unverzüglich nach London begeben und dort Verhandlungen über eine neue Anleihe führen wird.

Im Verlaufe eines Presseempfangs äußerte sich Reichsbankpräsident Dr. Luther über die Bedeutung der Ausfallbürgschaft dahin, man dürfe sich nicht dem Irrtum hingeben, als wenn die Golddiskontbank mit der Ausfallbürgschaft über eine Kreditmöglichkeit in Höhe von nur 500 Millionen Mark verfüge. Diese Ausfallbürgschaft sei etwa dem Aktienkapital einer Bank gleichzustellen. Und so könne man auch auf der Ausfallbürgschaft in Höhe von 500 Millionen Mark ein Mehrfaches dieses Betrages als Kredit aufbauen.

Die deutsche Wirtschaft wolle mit der Aktion zeigen, daß sie sich unter freiwilliger Einsetzung der größtmöglichen Kraftanstrengung rege, obgleich augenblicklich eine schwere Notlage auf ihr lastet. Am Auslande liege es jetzt, seine Zustimmung zu dem neuen Kreditgedanken zu geben und in die Praxis umzusetzen. Die deutsche Wirtschaft beweise mit der von ihr vorgeschlagenen Aktion, daß sie von sich aus ihr möglichstes tue, damit die Vertrauensgrundlage für Deutschland wieder hergestellt werde.

17. Juli Konferenzbeginn.

— London, 9. Juli.

Wie das englische Nachrichtenbüro Reuters erfährt, werden die Besprechungen der Finanzexperten der Regierungen am 17. Juli in London beginnen. Seitens der Vereinigten Staaten wird ein Vertreter des Schatzamtes in beratender Eigenschaft an diesen Verhandlungen teilnehmen. Die Dispositionen des britischen Ministerpräsidenten MacDonald und des Außenministers Henderson werden durch diese Konferenz nicht berührt werden.

Landtag und Auflösung.

Aussprache über das Ergebnis des Stahlhelm-Volksbegehrens.

— Berlin, 8. Juli.

Den Hauptgegenstand der heutigen Tagesordnung des Preussischen Landtags bildete die Beratung der Regierungsmittelteilung über das Ergebnis des Stahlhelm-Volksbegehrens auf Landtagsauflösung. Saal und Tribünen waren dementsprechend stärker als sonst besetzt; auf der Regierungsbank bemerkte man den preussischen Innenminister Severing. Verbunden mit der Beratung waren kommunalistische Anträge auf Landtagsauflösung und Wiederherstellung der Spartafrage, sowie deutschnationalen Anträge auf Amtsenthebung des Berliner Polizeipräsidenten wegen der zuerst erteilten Genehmigung zur Spartafrage.

Das Staatsministerium ließ dem Landtag mitteilen, es trete dem Auflösungsbegehren nicht bei, da die erforderliche Mindestzahl von 527997 Stimmen mit 595596 Stimmen nur wenig überschritten und mit einem Erfolg des späteren Volksentscheids nicht zu rechnen sei.

Ein Regierungsvertreter äußerte sich zunächst zu einer deutschnationalen Anfrage wegen der Nichtübertragung eines Hörberichts vom Breslauer Stahlhelmtag durch den Rundfunk. Redner erklärte, diese Übertragung sei auf Weisung des Ministers Severing nicht gestattet worden, da der Stahlhelm mit dem Volksbegehren sich in den Parteikampf begeben habe. Parteiveranstaltungen würden jedoch nicht übertragen.

Die allgemeine Aussprache

eröffnete Abg. Meier (Soz.) mit der Zustimmung zum Verbot der Spartafrage. Die Gewalttaten der Kommunisten, die erst in letzter Zeit wieder den Tod zweier Polizeibeamten verschuldet hätten, rechtfertigten das Verbot. Der Nichtübertragung des Stahlhelm-Hörberichts stimmte Redner gleichfalls zu. Der Volksentscheid auf Landtagsauflösung sei völlig aussichtslos. Seine Partei warne alle Vernünftigen, sich an dieser Katastrophenpolitik zu beteiligen.

Abg. Dr. von Winterfeld (Dnat.) führte aus, die Regierung habe zugeben müssen, daß wir am 22. Juni vor dem Zusammenbruch gestanden hätten. Das habe Hugenberg vorausgesehen. Wenn Hoover jetzt den sofortigen Zusammenbruch verhindert habe, so bedeute das noch längst keine endgültige Rettung. Der Appell des Reichstanzlers zu einer Zusammenarbeit mit Frankreich sei verfehlt. Daß die heute schon ungeheure Not sich noch steigern werde, ergebe sich daraus, daß trotz des Feierjahres die letzte Notverordnung im wesentlichen nicht gemildert werden solle. Die Regierungsparteien wüßten, daß die Mehrheit des Volkes nicht mehr hinter ihnen stehe. Um der wahren Volksmeinung zum Ausdruck zu verhelfen, müsse der jetzige Landtag aufgelöst werden.

Abg. Benscheld (Komm.) stimmte der Auflösung des Landtags zu, um, wie er sagte, die Volksrevolution vorwärtszutreiben.

Abg. Dr. Boehm (DVP.) teilte die Zustimmung seiner Freunde zur Landtagsauflösung mit. Die Fragen der vaterländisch-deutschen Kultur seien in zu vielen Fällen vernachlässigt worden. Die christliche Kirche werde nicht genügend gegen Beschimpfungen geschützt.

Innenminister Severing

führte aus, die wirtschaftliche Not sei nicht eine Folge der Unfähigkeit der regierenden Parteien, sondern sie finde sich überall in der Welt. Für Deutschland komme noch hinzu, daß es neben äußeren, auch innere Reparationen zu leisten habe. Die Studentenbewegung gegen die Verfallener Vertragslasten begrüße er. Aber randalisierende Studenten, die mit Tränengas arbeiteten, dürfe man nicht dulden. Wer die Geländung der deutschen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse wolle, müsse das Vertrauen zur Festigkeit der deutschen Verhältnisse stärken und dürfe nicht in dieser Zeit, in der ohnehin an jedem Sonntag es zu blutigen Gewalttaten komme, auch noch den Kampf um den Volksentscheid veranstalten. Das „absterbende System“ sei noch da und werde sich seiner Haut zu wehren wissen. Die Preußenregierung bleibe auf dem Platze, weil sie damit auch dem deutschen Volke in diesen unruhigen Zeiten den allerbesten Dienst leiste.

Abg. Fischer (Landvolk) begrüßte die Initiative des Stahlhelms zur Auflösung des Landtags und setzte sich entschieden für die Auflösung des Landtags ein. An Stelle der internationalen Tendenzen müsse wieder das nationale Interesse treten. Nach einer Neuwahl werden die jetzigen Regierungsparteien nicht mehr die erste Geige spielen. Auch von der Seite der Landwirtschaft aus müsse das Volksbegehren unterstützt werden. Der Hauptgrund aber sei das nationale Verlangen dieses Landtags.

Abg. Kuchle (Staatsp.) erklärte, von 26 Millionen Wahlberechtigten hätten noch nicht 6 Millionen für das Volksbegehren gestimmt. Die Nationalsozialisten spielen mit dem Feuer. Der deutsche Mittelstand hätte alles Interesse an ruhiger Entwicklung.

Nach weiterer Debatte, in der noch Abg. Ladendorff (Wirtschaft.) erklärte, die Vorkampfstellung der Sozialdemokratie in Preußen habe den Mittelstand zugrunde gerichtet; sie zu zertrümmern sei Voraussetzung für den Wiederaufbau des Staates, vertagte der Landtag die Abstimmung auf Donnerstag. Nach Abschluß der Debatte über die Landtagsauflösung hatte sich das Haus noch mit Anträgen zur Milderung der Erwerbslosigkeit befaßt.

Konflikt um einen Deserteur.

— Marienwerder, 9. Juli.

An der deutsch-polnischen Grenze ereignete sich ein neuer Zwischenfall. In der Nähe von Baulthen überschritt ein polnischer Deserteur aus Graudenz in voller Ausrüstung und Bewaffnung die deutsche Grenze, über die er dann von polnischen Beamten bis auf 50 Meter feuernd verfolgt wurde.

wurde. Der Deserteur entkam und stellte sich dem nächsten Landjäger. Eine amtliche Untersuchung ist eingeleitet. — Ein zweiter Zwischenfall ereignete sich bei Garnsee, wo ein polnischer Posten eine Beerenkammerin auf deutschem Gebiet zu verhaften suchte. Als ein deutscher Posten erschien, ergriff der Pole die Flucht. Auch hier sind Ermittlungen im Gange.

Kirche, Schule, Mission.

Freizeiten der Volkshochschule Wislode. Vom 2. bis 9. August findet im Volkshochschulheim Wislode eine Volkshochschulfreizeit statt, in der Oberregierungsrat Professor Wenz aus Minden als Gastlehrer mitarbeiten wird. Thema: Christentum und Volkstum. (1. Religion und Volkstum. 2. Christentum und Volkstum. 3. Deutschtum und Religion. 4. Deutschtum und Christentum, gesellschaftlich. 5. Versuch einer inneren Auseinandersetzung zwischen deutsch und christlich. 6. Gegenwartskämpfe und Zukunftsaufgaben.) Die Kosten für diese Freizeit betragen einschließlich Unterkunft und Verpflegung 20.— RM. Anmeldungen sind sofort, spätestens bis zum 25. Juli an das Volkshochschulheim Wislode, Post Oberrahmede (Kreis Altena) zu richten.

Vom 22. bis 29. August ist eine Wanderfreizeit durch Mindeneravensberg. Die Leitung hat Volkshochschulleiter L. Reife, Wislode. Im Plan sind vorgesehen: Besichtigungen der Anstalt Bethel, der Bauernvolkshochschule Lindenhof, der Lehmbauten in Dünne, der Siedlungen in Hahnen, der Heimatspiele in Nettstedt ufm. Vorträge werden u. a. halten: Pastor Börmann, Leiter der Volkshochschule Lindenhof; Der Bauer des Minden-Ravensberger Landes, Dr. Schulz, Bielefeld; West-Ost-Siedlung, Zigarrenarbeiter Hoppmann-Hahnen; Der Arbeiter des Minden-Ravensberger Landes. — Die Kosten für diese Freizeit betragen ebenfalls 20.— RM. Die Unterkunft ist in verschiedenen Jugendherbergen. Anmeldungen sind bis spätestens 15. August an das Heim zu richten.

Bücher und Zeitschriften.

Zu hier angezeigten Bücher sind zu beziehen durch die Buchhandlung der Anstalt Bethel.

„Zwischen den Zeiten“, Heft 3 mit Aufsätzen von Thurneisen: Christus und seine Zukunft; Hans Wenz: „Prophetie und Ethik“; Heinz Vogel: „Die ideale Ehe und der heilige Ehestand“; Hans Roth: „Der Sinn der Ethik“; und Paul Leo: „Jugendangelische Aktion“ ist erschienen. Verlag Chr. Kaiser, München.

Ebenso im gleichen Verlag Nr. 2 der Vierteljahrschrift: Luther. Auf beide Hefte und Zeitschriften sei wieder einmal empfehlend hingewiesen.

Krawinkel: „Sektenbüchlein: Rosenkreuzer Gen., Gottesbund, Christengemeinde, Christengemeinschaft, je 15 Pfg. Moderjohn: „Im Banne des Teufels“. 8. Aufl. Brosch. 1,50 Mk.

Dorn: „Ein stilles Licht“. 2. Aufl. Brosch. 1,50, Halbleinen 2.— Mk.

Verlag „Harfe“, Bad Blankenburg, Thür. Wald. Die Sektenbüchlein sind eine weitere Folge der von Pastor Krawinkel erschienenen kurzen Besprechungen der einzelnen Sekten. Die Hefchen erfüllen gut ihren Zweck, mit dem Sektenwesen bekannt zu machen.

Moderjohn: „Im Banne des Teufels“ erscheint in achter Auflage. Das ist ein Beweis, wie nötig eine solche Aufklärungschrift über Okkultismus und andere ähnliche Erscheinungen ist. Daß Moderjohn die Dinge mit großem Ernst und aus reicher Erfahrung und biblischer Erkenntnis heraus behandelt, braucht kaum gesagt zu werden.

Dorn: „Ein stilles Licht“ ist die packende Schilderung des Lebens eines Mannes, der auf Gottes Ruf ein gefegneter Zeuge für Gottes Reich wurde.

„Anschau“ von Marg. Ebert. 20 Pfg. Anna Vorchers-Haus Grünberg in Schl.

In diesem Jahr wird des ersten Bischofs Hamburgs Ans-gar fleißig gedacht. Das vorliegende Schriftchen gibt ein kurzes und interessantes Lebensbild des gesegneten Mannes.

„Anna Vorchers, ihr Leben und Werk“, herausgegeben von Diakonisse Johanna Ernst, einer dankbaren Schülerin, die durch Anna Vorchers, die blinde Lehrerin, den Weg des Lebens fand und durch dieses frische und ergreifende Lebensbild ihrer geistigen Mutter ein schönes Denkmal setzt. Das 67 Seiten starke, mit einer Anzahl Bildern geschmückte Büchlein ist auch durch das Anna Vorchers-Haus in Grünberg i. Schl. zu beziehen.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik; Dr. F. Suttel, Anzeigen; R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schiefelbach 28. Für Geldsendungen Volksheftkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“. Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen.

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einreichen. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellschein. Nichtzutreffendes streichen.

Arbeitsanstellung Bethesda

Angerburg Ostpr.

Bisherige II. Pfarrstelle an Bethesda soll baldmöglichst mit unversehrter, arbeitsfreudiger Person.

Hilfssprediger

ev. auch miss. vorgeb. oder Emeritus vorl. besetzt werden. Selbstständige Stellung. Hilfssprediger Gehalt u. fr. Station. Bewerb. mit Zeugn. Ref. Lebl. erbeten an den Anstaltsleiter

Lic. Erich Braun, Pfarrer.

Studentin (rer. pol.) sucht für die Sommerferien (8 Mon.)

Haustochterstelle

Pfarrhaus Norddeutschlands bevorzugt, wo Mädchen vorhanden. Fam.-Anschl. Bed. Angebote an A. Appel, Gießen, Rooststr. 10

Bad Nauheim:

Freundl. Zimmer, unweit der Bäder und Salinen. Volle Pension von 5.— Mark an.

H. Spiekermann, Karlstr. 51 p.

Schwermütige, Verzagte, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundliche Aufnahme zu mäßigen Preisen im

Erholungsheim

Haus Friedensruh

in Laufen/Erach, O/A Balingen (Würtbg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses.

Wernigerode

Haus Rudolf

direkt am Walde, bietet christlichem Ehepaar od. alleinst. Herrn in zwei Zimm. 10 m l., 4,50 br. Dauerheim bei gut. Verpf. (auch eigene Möbel) 2 Pers. 240 Mk. monatlich.

Frühjahreskuren

mit Pflanzenrohäften sind

Wunderkuren

Wir empfehlen: Brennstoff, Bismut, Johanniskraut, Birken, Knoblauchsaff. etc. (Jahre 1900)

Reformhaus Eden

Neustädterstraße 8.

Ich suche

Betätigung

in best. christl. Haush. bei Fam.-Anschl. gegen ang. Taschengeld. Bin 24 Jahre alt, in sämtlichen Hausarbeiten erf., ausgebildet und perfekt im Nähen. Angebote unt. A 1716 an d. Geschäftsst. d. Bf.

Kurort Elim, Bad Wildungen

5 Pensionshäuser. Badehaus und Sonnenbäder für Naturkuren. Wildungskuren. Sommerfrische. Dauerpensionat. Andachten. 3,50 bis 5.— und 10.—. Alles Nähere durch Prospekt mit 52 Bildern umsonst. Prediger C. Ufer.

Anzeigen aus Bethel.

— Trockenes, gutes Anmachholz, Zentner 1.— RM.

— Am Betheljahresfest (21. Juni) habe ich zum letzten Mal eine goldene Brosche (Hochzeitsgeschenk meiner Eltern) getragen. Am Mittwoch (24.) entdeckte ich den Verlust. Hat jemand die Brosche im Walde oder sonst auf dem Wege zur Grundsteinlegung gefunden? Beste Belohnung zugesichert.

Frau San.-Rat Dr. Windler.

Kur-Anstalt

Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost

Benneckenstein-Hochhaus unweit Braunlage

Pastor Felkekur. Prosp. trell